

Attila Simon

PARALLELEN UND DIFFERENZEN:
DER AKTIVISMUS DER UNGARN IN DER SLOWAKEI
UND DER SUDETENDEUTSCHEN ZWISCHEN
DEN BEIDEN WELTKRIEGEN

Der politische Aktivismus der nationalen Minderheiten in der Ersten Tschechoslowakischen Republik ist bis heute ein umstrittenes Phänomen. Diese Politik, die in der Unterstützung der Regierung durch Parteien der nationalen Minderheiten bestand, gelangte als Alternative zu Irredentismus und Boykott vor allem im Zusammenhang mit der deutschen Politik in der ČSR (Československá republika) ins öffentliche Bewusstsein. Es gab diesen Ansatz aber auch bei der ungarischen Minderheit in der Slowakei. Ziel dieses Aufsatzes ist es, einige Eigenheiten des Aktivismus der Ungarn in der Slowakei herauszuarbeiten, wofür der sudetendeutsche Aktivismus als Vergleichsfolie dienen wird. Auf dieser Grundlage sollen dann allgemeine Parallelen und Differenzen in der ungarischen und deutschen Politik der Zwischenkriegstschechoslowakei verdeutlicht werden.¹ Dieser Vergleich ist überfällig, denn es existieren in der Forschungsliteratur zur tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik der Jahre von 1918 bis 1938 und zur Situation der Minderheiten fast ausschließlich unverbundene, voneinander isolierte Narrative. So wie sich die slowakische und ungarische Forschung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht mit den Sudetendeutschen beschäftigt hat, war und ist für tschechische und deutsche Historiker die Geschichte der ungarischen Minderheit in der Ersten Tschechoslowakischen Republik kein geläufiges Thema. Dabei spielt sicher auch die Sprache eine Rolle: Nur sehr wenige deutsche Wissenschaftler lesen Ungarisch und auch tschechische Historiker – ja sogar die slowakischen Fachkollegen – verfügen oft nicht über die Sprachkompetenz, die es ihnen erlauben würde, ungarische Quellen zu lesen und die Sekundärliteratur zu verfolgen.² Das bringt nicht nur

¹ Dieser Artikel ist Ergebnis meines Forschungsaufenthaltes am Collegium Carolinum in München im Herbst 2012. Ich bin den Mitarbeitern des Instituts zu besonderem Dank verpflichtet und auch dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, der meine Studienreise gefördert hat.

² In den letzten Jahren sind einige Bücher erschienen, die mit diesem Trend brechen u.a. die Monografie von Martin Zückert zur Armee der Ersten Tschechoslowakischen Republik, in der der Schwerpunkt zwar auf der sudetendeutschen Minderheit liegt, aber auch Bezüge zu Ungarn hergestellt werden. Zückert, Martin: Zwischen Nationsidee und staatlicher Realität. Die tschechoslowakische Armee und ihre Nationalitätenpolitik 1918-1938. München 2006 (VCC 106). – Ähnlich im Ansatz mit Beiträgen zur ungarischen Problematik: Tóth, Andrej/Novotný, Lukáš/Steblik, Michal: Národnostní menšiny v Československu 1918-1938. Od státu národního ke státu národnostnímu? [Die nationalen Minderheiten in der Tschechoslowakei 1918-1938. Vom Nationalstaat zum Nationalitätenstaat?]. Praha 2012 (Opera Facultatis Philosophicae Universitatis Carolinae Pragensis 13).

Probleme in der Kommunikation, die unzureichende Information führt mitunter auch zu handfesten Irrtümern. Dabei ist die Geschichte der ungarischen, polnischen oder ruthenischen Minderheit in der ČSR der Zwischenkriegszeit kaum zu verstehen, wenn man nicht die sudetendeutsche Parallele hinzuzieht. Denn die Prager Regierung war, was die Nationalitätenkonflikte der neugegründeten Republik betraf, am stärksten daran interessiert, die „deutsche Frage“ zu lösen; ihre Politik gegenüber den anderen nationalen Gruppen passte sie dieser an. Umgekehrt können auch der Fall der ungarischen, polnischen und anderen nationalen Minderheiten einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Geschichte der deutschen Minderheit leisten und dabei behilflich sein, den Charakter der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik insgesamt differenzierter zu erfassen und zu analysieren.

Die deutsche und die ungarische Forschung zum Thema Aktivismus befinden sich auf unterschiedlichem Stand: Während wir für den Aktivismus der deutschen Parteien nicht nur über eine wichtige Quellensammlung verfügen,³ sondern auch über eine lange Forschungsdiskussion,⁴ hat die Aufarbeitung der regierungsstützen-

³ Neben den umfassenden Archivquellen und der zeitgenössischen Presse sind auch die Memoiren zu diesem Thema nicht zu vernachlässigen. Am wichtigsten ist *Brügel*, Johann Wolfgang: *Tschechen und Deutsche 1918-1938*. München 1967. – Für Forschungen zum Thema ist die Edition der deutschen Gesandtschaftsberichte aus Prag unverzichtbar: *Manfred*, Alexander (Hg.): *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik*. Bd. 1: Von der Staatsgründung bis zum ersten Kabinett Beneš 1918-1921. Berichte des Generalkonsuls von Gebattel, des Konsuls König und des Gesandten Professor Saenger. München 1983 (VCC 49,1); *Ders.* (Hg.): Bd. 2: Vom Kabinett Beneš bis zur ersten übernationalen Regierung unter Švehla 1921-1926. Berichte des Gesandten Dr. Walter Koch. München 2004 (VCC 49,2); *Ders.* (Hg.): Bd. 3: Von der Regierung unter Švehla bis zum Vorabend der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland 1926-1932. München 2009 (VCC 49,3); *Dolezel*, Heidrun/*Dolezel*, Stephan (Hgg.): *Deutsche Gesandtschaftsberichte aus Prag. Innenpolitik und Minderheitenprobleme in der Ersten Tschechoslowakischen Republik*. Bd. 4: Vom Vorabend der Machtergreifung in Deutschland bis zum Rücktritt von Präsident Masaryk 1933-1935. Berichte des Gesandten Koch, der Konsuln von Bethusy-Huc, von Druffel, von Pfeil, und des Gesellschaftsrates von Stein. München 1991 (VCC 49,4).

⁴ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier die aus meiner Perspektive wichtigsten Titel angeführt: *Kracik*, Jörg: *Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1920-1938*. Frankfurt/Main 1999 (Europäische Hochschulschriften 3). – *Sobieraj*, Silke: *Die nationale Politik des Bundes der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik. Möglichkeiten und Grenzen der Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen (1918-1929)*. Frankfurt/Main 2002 (Menschen und Strukturen 12). – *Šebek*, Jaroslav: *Mezi křížem a národem. Politické prostředí sudetoněmeckého katolicismu v meziválečném Československu* [Zwischen Kreuz und Nation. Das politische Milieu des sudetendeutschen Katholizismus in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit]. Brno 2006. – *Ders.*: *Prezident T. G. Masaryk a politika německého aktivismu v Československu 1918-1935* [Präsident T. G. Masaryk und die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 1918-1935]. In: *Masarykův sborník XIV* (2006-2008) 173-190. – *Hahn*, Fred: *Die deutsche sozialdemokratische Partei im tschechoslowakischen Staat. Vom Negativismus zum Aktivismus*. In: *Haustein*, Ulrich/*Strobel*, W. Georg/*Wagner*, Gerhard (Hgg.): *Ostmitteleuropa. Berichte und Forschungen*. Gotthold Rhode zum 65. Geburtstag, 28. Januar 1981. Stuttgart 1981, 335-360. – *Broklová*, Eva: *Politická kultura německých aktivistických stran v Československu 1918-1938* [Die politische Kultur der deutschen aktivistischen Parteien in der Tschechoslowakei 1918-1938]. Praha 1999.

den Politik der Ungarn erst vor wenigen Jahren begonnen.⁵ Zudem betrifft der Rückstand gegenüber der Forschung zur deutschen Minderheit nicht allein den Aktivismus, sondern die Geschichte der ungarischen Minderheit der Slowakei als Ganzes. Der Grund dafür ist vor allem darin zu suchen, dass die Geschichte der ungarischen Minderheit weder von der slowakischen noch von der ungarischen Historiografie als relevantes Thema angesehen wird. Das drückt sich auch darin aus, dass die ungarische Gemeinschaft der Slowakei bis vor wenigen Jahren über keinen entsprechenden institutionellen Hintergrund verfügte, der eigene Forschungsprojekte ermöglicht hätte.⁶

Die Alternativen in der Politik der ungarischen Minderheit der Slowakei

Für die nach der Volkszählung des Jahres 1921 insgesamt 748 000 Menschen zählende ungarische Gemeinschaft der Tschechoslowakei,⁷ von der 634 000 Personen in der Slowakei und 104 000 in der Karpatenukraine lebten, bedeuteten die Friedensverträge nach dem Ersten Weltkrieg mindestens einen ebenso großen Schock wie für die Sudetendeutschen.⁸ Möglicherweise war es für die Ungarn noch schwerer, die Realität der Tschechoslowakei zu akzeptieren, denn der Friedensvertrag von Trianon konfrontierte sie mit einer völlig neuen Situation. Im Gegensatz zu den Deutschen, für die die böhmischen Länder im geografischen und politischen Sinn ein bekanntes Umfeld bildeten und die auch zuvor stets gezwungen gewesen waren, mit den Tschechen zu kooperieren, hatten die Ungarn der Slowakei vor 1918 im Rahmen des historischen Ungarn gelebt. Sie waren durch keinerlei Verwaltungsgrenzen von den anderen Teilen des ungarischen Staates und Sprachraums getrennt gewesen. Mit dem slowakischen politischen Leben, das sich in der Folge der undemokratischen Ver-

⁵ Simon, Attila: Az elfeledett aktivisták. Kormánypárti magyar politika az első Csehszlovák Köztársaságban. [Die vergessenen Aktivisten. Regierungsnahe ungarische Politik in der Zeit der Ersten Tschechoslowakischen Republik]. Somorja 2013 (Nostra Tempora 19); Ders.: Zabudnutí aktivisti. Príspevok k dejinám maďarských politických strán v medzivojnovom období [Vergessene Aktivisten. Beitrag zur Geschichte der ungarischen politischen Parteien in der Zwischenkriegszeit]. In: Historický časopis 57 (2009) 3, 511–530. – Ders.: Provládna maďarská politika [Regierungsfreundliche ungarische Politik]. In: Gabzdilová, Soňa: Vybrané aspekty postavenia maďarskej minority na Slovensku v rokoch 1918–1929 [Ausgewählte Aspekte der Stellung der ungarischen Minderheit in der Slowakei 1918–1929]. Košice 2011, 69–90. – Ders.: Aktivista életpályák a két világháború közötti Csehszlovákiában [Aktivistische Lebenswege in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit]. In: Bárdi, Nándor / Tóth, Ágnes (Hgg.): Egyén és közösség. Tanulmányok [Individuum und Gemeinschaft. Studien]. Zenta 2012, 73–96.

⁶ Dies hat sich erst in den letzten Jahren mit der Gründung des Forschungsinstituts Fórum für Minderheiten in Šamorín (Somorja/Sommerein) (2001) und der Hans-Selye-Universität in Komárno (Komárom/Komorn) (2004) geändert.

⁷ Popély, Gyula: Népfogyatkozás. A csehszlovákiai magyarság a népszámlálások tükrében 1918–1945 [Bevölkerungsrückgang. Das Ungarntum der Tschechoslowakei im Spiegel der Volkszählungen 1918–1945]. Budapest 1991 (Hungaro-Bohemicoslovaca 4) 59–60.

⁸ Ich verwende in diesem Aufsatz „sudetendeutsch“ für die Gesamtheit der Deutschen, die in den böhmischen Ländern lebten. Selbstverständlich bin ich mir darüber im Klaren, dass sich dieses Verständnis des Begriffs erst in der Zwischenkriegszeit herausbildete und mit den „Sudeten“ bis dahin ein begrenztes Gebiet gemeint war.

hältnisse, die in Transleithanien herrschten, verzögert entwickelt hatte, waren die meisten Ungarn nicht vertraut. Und sie hatten auch wenig Interesse daran gezeigt, da die Slowaken in ihren Augen ein einfaches Bauernvolk und eine „plebejische“ Nation waren.⁹ Die Festlegung der Staatsgrenzen 1919/20, die in erster Linie einer strategischen und wirtschaftlichen Logik folgte und wenig Rücksicht auf ethnische und Sprachgrenzen nahm, war ein Trauma für sie. Die dominante Position der Slowaken anzuerkennen, die sie weder im kulturellen noch im politischen Sinne als gleichrangig erachteten, erschien für die zur Minderheit gewordenen Ungarn undenkbar.

Aus der Perspektive der tschechoslowakischen Regierungen der Zwischenkriegszeit hatte die ungarische Frage eine vollkommen andere Dimension als das Problem der Deutschen. Dies resultierte nicht allein aus der unterschiedlichen Größe der beiden nationalen Minderheiten, sondern lag vor allem daran, dass sich für Prag die Angst vor einem Zerfall der von László Szarka als „Mosaikland“ bezeichneten Tschechoslowakei in der Schreckensvision einer Sezession der sudetendeutschen Gebiete verdichtete.¹⁰ Daher wurde die Nationalitätenpolitik in erster Linie auf die Lösung der deutschen Frage zugeschnitten – und zwar unabhängig davon, welche Koalition gerade in Prag regierte. Die Probleme der Slowaken, Ungarn und Polen kamen erst an zweiter Stelle. Diese Hierarchie in der Wahrnehmung wurde auch dadurch begünstigt, dass die tschechische Öffentlichkeit eine geringe emotionale Beziehung zu den südlichen, von Ungarn bewohnten Gebieten der Slowakei hatte. Von der Tagesordnung verschwand die „ungarische Frage“ aber keineswegs. Vielmehr wurde sie dadurch permanent am Leben erhalten, dass Budapest – anders als Berlin – das Versailler System und die neuen Staatsgrenzen nicht einmal vorgab zu akzeptieren und kein Geheimnis aus dem Ziel machte, die „entrissenen“ Gebiete möglichst bald zurückzubekommen. Diese mal offene, mal verschleierte ungarische Revisionspolitik verlieh der Frage der ungarischen Minderheit in der Slowakei Gewicht,¹¹ hatte zugleich aber auch zur Folge, dass Prag in jeglicher politischen Äußerung der ungarischen Minderheit das Moment des Irredentismus zu entdecken meinte.

⁹ Dazu: Simon, Attila: Menšinové stereotypy. Obraz Čechov a Slovákov v prácach maďarských autorov zo Slovenska v medzivojnovom období [Minderheitenstereotypen. Das Bild der Tschechen und Slowaken in den Arbeiten ungarischer Autoren aus der Slowakei in der Zwischenkriegszeit]. In: In Forum Historiae 6 (2012) 2, 166–175. Auch online verfügbar unter: <http://www.forumhistoriae.sk/documents/10180/79324/simon.pdf> (letzter Zugriff 20.08.2014).

¹⁰ Szarka, László: A (cseh)szlovákiai magyar közösség nyolc évtizede 1918–1998. Történeti vázlat [Acht Jahrzehnte der (tschecho)slowakischen ungarischen Gemeinschaft 1918–1998. Historischer Abriss]. In: Tóth, László/Filep, Tamás Gusztáv (Hgg.): A (cseh)szlovákiai magyar művelődés története 1918–1998 [Geschichte der ungarischen Kultur in der (Tschecho-)Slowakei 1918–1998]. Bd. 1. Történelem, demográfia és szociológia, nyelvhasználat és nyelvfejlődés, a mindennapok kultúrája, vallás és egyház [Geschichte, Soziologie und Demografie, Sprachgebrauch und Sprachentwicklung, Alltagskultur, Religion und Kirche]. Budapest 1998, 9–80, hier 20.

¹¹ Zu den ungarischen Revisionsplänen: Zeidler, Miklós: Ideas on Territorial Revision in Hungary 1920–1945. Boulder/CO, Wayne/NJ, New York 2007 (East European Monographs 717; CHSP Hungarian Studies Series 15).

Für die politische Richtung, die die zur Slowakei gekommene ungarische Volksgruppe einschlug, waren neben der ablehnenden Haltung gegenüber den neuen Staatsgrenzen auch die Ereignisse bei der Gründung der Tschechoslowakei und die ersten Schritte der tschechoslowakischen Staatsmacht entscheidend. Wenngleich die Besetzung der von Ungarn bewohnten Gebiete auf keinerlei offenen Widerstand stieß, entstanden in diesen Wochen genau die Konflikte, die die Beziehungen zwischen den Ungarn und den neuen Machthabern über lange Jahre vergiften sollten. Die „Nationalisierung“ der Verwaltung, des Bildungswesens und des öffentlichen Raumes, die in kurzer Zeit mit zum Teil recht brachialen Methoden durchgesetzt wurde, die Einschränkung des Rechts, die ungarische Sprache zu verwenden, die Internierung zahlreicher Persönlichkeiten des ungarischen öffentlichen Lebens und nicht zuletzt der Einsatz von Schusswaffen gegen Demonstranten im Februar und März 1919 verursachten Verletzungen im ungarisch-(tschecho)slowakischen Verhältnis, die über Jahre hinweg nicht heilten.¹²

Unmittelbar nach Kriegsende schien die staatsrechtliche Situation der Slowakei unsicher, im März 1919 wurde das Land unter Militärverwaltung gestellt. Sowohl die Hoffnung, doch noch zu Ungarn zu kommen, als auch die eingeschränkten Bürgerrechte trugen dazu bei, dass sich das politische Leben der Ungarn in der Slowakei mit Verspätung zu entwickeln begann. Nicht nur die bürgerlichen Parteien, auch die deutsch-ungarische Sozialdemokratie,¹³ die als einzige politische Kraft auf ein organisatorisches Netzwerk aus der Vorkriegszeit zurückgreifen konnte, brauchte eine ganze Weile zur Neuorientierung und -organisation. Wie die bürgerlichen Parteien stellte sie sich gegen den neuen Staat, wodurch sie in einen scharfen Konflikt mit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie geriet, die sich aktiv am Aufbau des tschechoslowakischen Nationalstaats beteiligte. Für die ungarischen Sozialdemokraten war dieser Staat eine bürgerliche nationalistische Diktatur.

Als im April 1920 die ersten Parlamentswahlen stattfanden, wurden die ungarischen Interessen ausschließlich von Parteien vertreten, die in Opposition zum Staat standen und für die Ungarn das Recht auf nationale Selbstbestimmung forderten: die Ungarisch-Deutsche Partei der Sozialdemokraten mit Sitz in Bratislava (Pozsony/Pressburg), die sich als die Partei der alteingesessenen Ungarn, Deutschen und

¹² Obgleich es in der Südslowakei zu keinen so großen Tragödien kam wie im tschechischen Grenzgebiet, waren auch hier Opfer zu beklagen. So erschossen tschechoslowakische Soldaten am 12. Februar 1919 in Bratislava (Pozsony/Pressburg) acht, am 16. März in Košice (Kassa/Kaschau) zwei und am 23. März 1919 in Želiezovce (Zselíz/Zelis) fünf unbewaffnete Demonstranten.

¹³ In mehrsprachigen, multikulturellen Städten wie Pressburg oder Kaschau waren die deutsche und die ungarische Arbeiterbewegung gemeinsam organisiert, was nicht nur deshalb funktionierte, weil jeder die Sprache des anderen beherrschte, sondern auch weil sich die deutsche Bevölkerung stark mit der ungarischen Staatsidee verbunden fühlte. Zur Situation in Pressburg: *Duin*, Pieter C. van: Central European Crossroads. Social Democracy and National Revolution in Bratislava (Pressburg), 1867-1921. Utrecht 2007, Dissertation an der Universität Utrecht, Universiteitsbibliotheek Utrecht, URL: <http://igitur-archive.library.uu.nl/dissertations/2007-0126-201011/index.htm> (letzter Zugriff 18.08. 2014). – *Ders.*: Die Deutschen Bratislavas und ihre Einverleibung der ČSR 1918-1919. In: *Historické štúdie* 43 (2004) 166-181.

Slowaken bezeichnende Christlichsoziale Landespartei (CL) und die eher protestantisch orientierte Magyarische Nationalpartei (MN), die die Bauern mobilisierte.¹⁴ Im Hinblick auf das Verhältnis zur Tschechoslowakei lag der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den beiden rechten Parteien, die mit der Thematisierung des erlebten Unrechts eine Beschwerdepolitik verfolgten, zu diesem Zeitpunkt darin, dass die ungarischen Sozialdemokraten eine Lösung innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen suchten, während die Konservativen das Selbstbestimmungsrecht als ein Mittel zur Loslösung betrachteten. Ganz im Einklang mit der sudetendeutschen Sozialdemokratie lehnten die ungarischen Sozialdemokraten nicht die Tschechoslowakei an sich ab,¹⁵ sondern deren Anspruch, ein Nationalstaat zu sein und die daraus folgenden Strukturmerkmale.

Die Gräben zwischen der Prager Politik und jener der ungarischen Minderheit in der Slowakei begannen sich erst Mitte der zwanziger Jahre zu verringern, als sich die Lage für die Ungarn in der Slowakei veränderte. Dabei spielten mehrere Faktoren eine Rolle, unter anderem wirkte sich die Stabilisierung der staatsrechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Situation in der Tschechoslowakei positiv aus und die zuvor offen irredentistische Budapester Politik schlug einen neuen, weniger radikalen Kurs ein. Nicht zuletzt erkannten viele Ungarn auch die Vorteile, die das Leben in der Tschechoslowakei auch für die Angehörigen der Minderheiten mit sich brachte – so das allgemeine Wahlrecht und eine vergleichsweise gute wirtschaftliche Lage. All diese Entwicklungen führten dazu, dass die ungarischen politischen Parteien ihre bis dahin eindeutig negative Haltung aufgaben. Waren sie bis zu dieser Zeit in grundsätzlicher Opposition gewesen, bzw. im Fall der Kommunisten fest dazu entschlossen, das nationale Selbstbestimmungsrecht im Sinne der von Moskau ausgegebenen Losung bis zur Zerstörung des Staates zu verteidigen,¹⁶ mehrten sich nun die Stimmen, die für die Suche nach alternativen Lösungen der nationalen Konflikte innerhalb der Tschechoslowakei plädierten.

Der ungarische Aktivismus entwickelte sich aber nicht organisch auf dem Weg des politischen Strategiewechsels der bereits bestehenden Parteien, wie es beim sudetendeutschen Aktivismus der Fall war. Vielmehr entstand er gänzlich ohne Vorgeschichte und lokale Traditionen. Diese Wurzellosigkeit war ein entscheidender Grund dafür, dass er wenig erfolgreich war und schließlich scheiterte.

¹⁴ Die Partei wurde ursprünglich unter dem Namen Magyarische Landespartei der Landwirte, Kleinbauern und Gewerbetreibenden (Országos Magyar Kisgazda, Földműves és Kisiparos Párt) gegründet, sie nahm erst 1925 den Namen Magyarische Nationalpartei (Magyar Nemzeti Párt) an.

¹⁵ Zur Haltung der deutschen Sozialdemokraten *Sator*; Klaus: Německá sociálně demokratická strana dělnická v Československé republice [Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik]. In: *Klokoška*, Stanislav / *Oellerman*, Thomas (Hgg.): Sudetští Němci proti Hitlerovi: Sborník německých odborných studií [Sudetendeutsche gegen Hitler: Eine Auswahl deutscher wissenschaftlicher Studien]. Praha 2008 (Sešity Ústavu pro Soudobé Dějiny AV ČR) 18–29, hier 22.

¹⁶ Vgl. *Lipták*, Ľubomír: Komunisti a slovenská otázka [Die Kommunisten und die slowakische Frage]. In: *Ders.*: Slovensko v dvadsiatom storočí. Výber z diela Ľubomíra Liptáka [Die Slowakei im zwanzigsten Jahrhundert. Auswahl aus dem Werk Ľubomír Liptáks]. Bratislava 2011, 126–136.

Die erste ungarische Partei, die mit einem aktivistischen Programm auftrat, war die Republikanische Magyarische Bauernpartei (Köztársasági Magyar Földműves Párt, RMB), für deren Gründung Anfang 1923 die Bodenreform ausschlaggebend gewesen war. Zu dieser Zeit herrschte in den ungarischen Dörfern der Slowakei große Unzufriedenheit mit der Durchführung der Reform, da die dortige Bevölkerung kaum zu Boden gelangte, während in bis dahin rein magyarischen Dörfern mährische und slowakische Kolonisten angesiedelt wurden. Die Oppositionsparteien, die gegen diese Praxis Beschwerde einlegten, verfügten über kein Instrumentarium, ihren Anliegen auch zur Durchsetzung zu verhelfen. Auf diese Stimmung reagierte Aladár Csánki, ein Rechtsanwalt aus Levice (Léva/Lewenz), der hier die Chance sah, seine politischen Ambitionen zu verwirklichen und eine Partei zu gründen. Sein Engagement wurde von Milan Hodža aufgenommen, der damals Landwirtschaftsminister und der einflussreichste slowakische Politiker war. Er erkannte das Potential, das das Thema Bodenreform für die Mobilisierung der ungarischen Wähler hatte und hoffte, diese für die tschechoslowakische Agrarierpartei gewinnen zu können.

Die so entstandene RMB, die zu einem Großteil von den tschechoslowakischen Agrariern finanziert wurde, verfolgte widersprüchliche Ziele: Einerseits versuchte sie, die Interessen der ungarischen Agrarbevölkerung zu vertreten, andererseits bemühte sie sich, den Erwartungen der tschechoslowakischen Regierung zu entsprechen, die dies allerdings nicht honorierte. Beispielsweise warb die Partei, zu deren Vorsitzendem nach Csánki mit István Csomor ein einfacher Bauer gewählt wurde,¹⁷ mit dem Versprechen, dass jedem, der sich ihr anschließe, Boden zugeteilt werde. Das aber erwies sich als leeres Versprechen, denn das staatliche Bodenamt zog es nicht einmal in Erwägung, „loyale Ungarn“ bei der Zuteilung von Land zu begünstigen.¹⁸ Somit bestand die Aktivität der Partei vor allem darin, für die Agrardemokratie Hodžas zu werben und in spektakulären Aktionen Loyalität zu demonstrieren. Im Mai 1925 wurden zum Beispiel 1500 magyarische Landarbeiter mit Sonderzügen nach Prag gebracht, um die Treue der ungarischen Bevölkerung zur Tschechoslowakischen Republik öffentlich zu bekunden. Außer der Presse der Agrarierpartei nahm diese Botschaft aber niemand ernst, die oppositionelle konservative Presse äußerte ebenso Zweifel an der Aufrichtigkeit der ungarischen Loya-

¹⁷ István Csomor (1186-1950), Landarbeiter und Politiker, war zunächst der Vorsitzende der Republikanischen Magyarischen Bauernpartei [Köztársasági Magyar Földműves Párt, RMB], später Vorsitzender der ungarischen Sektion in der Agrarpartei, von 1935 bis 1938 Parlamentsabgeordneter. Nach dem Ersten Wiener Schiedsspruch wurde er von den Budapest-Behörden interniert.

¹⁸ Zu den magyarischen Bezügen der Bodenreform siehe *Simon*, Attila: Telepések és telepesek Dél-Szlovákiában a két világháború között [Kolonisten und Kolonistendörfer in der Südslowakei in der Zwischenkriegszeit]. *Somorja* 2008 (Nostra tempora/Forum Intézet 15). – *Ders.*: The Colonization of Southern Slovakia as a Means of Constructing a Czechoslovak Nation-State. In: *Szarka*, László (Hg.): A Multiethnic Region and Nation-State in East-Central Europe. Studies in the History of Upper Hungary and Slovakia from the 1600s to the Present. Boulder/CO, Wayne/NJ, New York 2011 (East European Monographs 787; Atlantic Studies on Society in Change 141) 226-252.

litätsbekundungen wie linke Zeitungen und Zeitschriften.¹⁹ Selbst der deutsche Botschafter in Prag argwöhnte, die jubelnden ungarischen Bauern seien für ihren Auftritt wohl bezahlt worden.²⁰

Dafür, dass die RMB keine Massenbasis aufbauen konnte, war ein ganzes Bündel von Ursachen ausschlaggebend: das Ausbleiben der versprochenen Ergebnisse – sprich der Landzuteilungen an ungarische Bauern –, die offensichtliche Servilität, die Csomor und die Partei Hodža gegenüber an den Tag legten, sowie die massiven Gegenkampagnen aus Budapest. Zwar konnte die RMB bei den Kommunalwahlen von 1923 in einigen Gemeinden der Südwestslowakei Mandate erlangen,²¹ doch bei den Komitatswahlen gelang es ihr nur in einem einzigen Komitat, eine Liste aufzustellen, und sie erhielt kaum mehr als 5000 Stimmen.²² Dass die Agrarierpartei, die eigenen Angaben zufolge mehr als eineinhalb Millionen Kronen für die sogenannte „ungarische Aktion“ ausgegeben hatte,²³ vor den Wahlen von 1925 geringe Neigungen zeigte, in die Kampagne für die RMB zu investieren, ist nicht verwunderlich. Vielmehr wuchs der Druck aus der Prager Parteizentrale auf die Führung der RMB, nicht länger auf einer eigenen Liste zu beharren, sondern auf der der Agrarier zur Wahl anzutreten. Csomor und seine Parteifreunde hatten wohl kaum eine andere Möglichkeit, als dieser Lösung zuzustimmen und so beugten sie sich diesen Forderungen.

Da die Wahlen geheim waren, lässt sich nicht rekonstruieren, wie viele ungarische Stimmen für die Liste der Agrarier abgegeben wurden. Allerdings kann man aus den Wahlergebnissen der großenteils von Ungarn bewohnten Kreise der Slowakei auf gewisse Tendenzen schließen, vor allem, wenn man die Ergebnisse von 1920 und 1925 vergleicht.²⁴ Dabei zeigen sich regionale Unterschiede, denn in einigen südwestslowakischen Bezirken (in der Umgebung von Dunajská Streda/Dunaszer-

¹⁹ Vgl. Venkov vom 19. Mai 1925; České slovo vom 25. Mai 1925; Večerník vom 20. Mai 1925; Národní Demokracie vom 19. Mai 1925. Die Presse wird hier nach dem Ausschnittarchiv des Prager Außenministeriums zitiert: Národní archiv České republiky [Nationalarchiv der Tschechischen Republik, im Folgenden NA ČR], Praha, Ministerstvo zahraničních věcí – výstřižkový archiv [Außenministerium – Ausschnittarchiv, im Folgenden MZV-VA], karton [Karton, im Folgenden k.] 2408.

²⁰ Alexander: Deutsche Gesandtschaftsberichte Bd. 1, Dokument Nr. 135, 340 (vgl. Anm. 3).

²¹ Štátny archív v Nitre pobočka Komárno [Staatliches Archiv Nitrau, Zweigstelle Komorn, im Folgenden ŠA Nr, PKn], Okresný úrad Komárno [Bezirksamt Komorn, im Folgenden OÚ Kn], k. 2, 570/1923. – Angyal, Béla: Érdekvédelem és önszerveződés. Fejezetek a csehszlovákiai magyar pártpolitika történetéből 1918-1938 [Interessenschutz und Selbstorganisation. Kapitel aus der Geschichte der ungarischen Parteipolitik in der Tschechoslowakei 1918-1938]. Galánta, Dunaszerdahely 2002 (Nostra tempora 6) 99.

²² Voľby na Slovensku. So zvláštnym zreteľom ku voľbám do národného zhromaždenia v r. 1925 [Wahlen in der Slowakei. Unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen zur Nationalversammlung 1925.] Praha 1927.

²³ Hanula, Matej: Za roľníka, pôdu a republiku. Slovenskí agrárici v prvom polčase 1. ČSR [Für die Landarbeiter, für den Boden und für die Republik. Die Mitglieder der slowakischen Agrarpartei in der ersten Hälfte der Ersten Tschechoslowakischen Republik]. Bratislava 2011, 110.

²⁴ Voľby na Slovensku 24-39 (vgl. Anm. 22).

dahely/Niedermarkt, Komárno/Komárom/Komorn und Zehliezovce/Zseliz/Zelis) konnten die Agrarier zwar deutlich zulegen, doch in der Gesamtheit gelang es der Partei lediglich, 12-13 Prozent der ungarischen Wähler anzusprechen. Auf dieses für sie enttäuschende Ergebnis, das deutlich hinter den gehegten Erwartungen zurückblieb, ist auch der Entschluss Hodžas zurückzuführen, die RMB fortan unter direktere Kontrolle zu stellen. Den Vorsitz hatte nun permanent sein unmittelbarer Beauftragter – zunächst Ján Duchaj, später Samuel Zoch und schließlich Štefan Stunda – inne. Im Jahr 1929 wurde die ungarische Partei dann als ungarische Sektion in die Agrarpartei integriert; fortan verfügte sie über keinerlei eigenständige Entscheidungskompetenz mehr.

Die Lösung, innerhalb einer tschechoslowakischen Partei eine aktivistische ungarische Sektion einzurichten, stellte kein Novum dar. Diesen Weg hatte zuvor auch die tschechoslowakische Sozialdemokratie eingeschlagen, die Anfang 1927 die ungarische Sozialdemokratie, die sich seit der Gründung der Tschechoslowakei stark verändert hatte, eingliederte. Bei den Wahlen von 1920 hatte diese dank des oppositionellen und den tschechoslowakischen Nationalstaat ablehnenden Programms der damals noch vereinten Ungarisch-Deutschen Partei der Sozialdemokraten die Unterstützung von nahezu der Hälfte der ungarischen Wählerschaft erlangen können.

Nachdem sich jedoch im Herbst 1920 der deutsche Teil der Partei unter der Führung von August Masár und Julius Hammerl der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (DSAP) angeschlossen hatte,²⁵ gründeten die ungarischen Parteiorganisationen die Ungarische Sozialdemokratische Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik unter der Führung von Samu Mayer und Ferenc Fehér. Diese neue Partei berief sich auf die Grundsätze der Wiener Internationale, sie lehnte das nationalstaatliche Modell der Tschechoslowakei ab und unterstützte die Vorstellung von einem Staatswesen, das der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung auch in seinem Aufbau Rechnung tragen würde – etwa durch Autonomierechte für die verschiedenen nationalen Gruppen. Die Gründung der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (Komunistická strana Československa, KSČ, deutsch KPTSch) Anfang 1921 erwies sich für sie allerdings als verhängnisvoll, da sich die linken ungarischen Wähler mehrheitlich hinter die Kommunisten stellten, die radikalere Lösungen hinsichtlich der sozialen Fragen und der Nationalitäten versprachen. Daher erlangte die gemeinsame Liste der ungarischen Sozialdemokraten und der DSAP bei den Parlamentswahlen im Jahr 1925 in der gesamten Slowakei kaum mehr als 5000 Stimmen, womit sie endgültig gescheitert war.²⁶ Der Kongress der ungarischen Sozialdemokraten, der in Nové Zámky (Érsekújvár/Neuhäusl) tagte, beschloss am 24. Oktober 1926 die Auflösung der Partei und ihre Verschmelzung mit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie.²⁷

²⁵ Munkásújság vom 28. November 1920.

²⁶ Šuchová, Xénia: Prílohy II – Politický systém [Appendix II – Politisches System]. In: Zemko, Milan/Bystrický, Valerián (Hgg.): Slovensko v Československu 1918-1939 [Die Slowakei in der Tschechoslowakei 1918-1939]. Bratislava 2004, 560.

²⁷ A Reggel vom 26. Oktober 1926.

Die ungarische Sektion der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die vom Zentralen Ungarischen Organisationsausschuss (Országos Magyar Szervezőbizottság) gelenkt wurde, verfügte praktisch über keinerlei Einfluss auf das Parteiprogramm und somit über keine Möglichkeit, die Interessen der ungarischen Wähler einzubringen. Dass die ungarischen Sozialdemokraten in der Slowakei nicht mehr in der Lage zu eigenständiger Meinungsbildung waren, zeigte sich auf dem ersten und einzigen gemeinsamen Kongress der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Parteien am 28. und 29. Januar 1928 im Prager Bezirk Smíchov. Während die deutschen und polnischen Ableger der Partei hier als eigenständige Verbände auftreten konnten, stand dies den ungarischen Sozialdemokraten nicht zu. Von den 447 Delegierten waren 270 tschechoslowakischer, 194 deutscher, acht polnischer, fünf ruthenischer und nur vier ungarischer Nationalität.²⁸ Es ist also kein Zufall, dass der Kongress allgemein als tschechisch-deutscher Kongress bezeichnet wurde, die Veranstaltung überwiegend unter der Perspektive der Annäherung zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten diskutiert und tradiert wurde.²⁹ Zwar meldete sich bei den Verhandlungen auch der Vorsitzende der ungarischen Sektion, Ignác Schulcz,³⁰ zu Wort, doch sprach er nicht über die Probleme der ungarischen Minderheit.³¹ Und in den „Gemeinsamen Ausschuss der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Parteien“, der auf dem Kongress entstand, wurde nicht ein einziger ungarischer Abgeordneter berufen.

Die Politik von Schulcz kam nicht bei allen ungarischen Sozialdemokraten aus der Slowakei gut an, viele hielten sie für allzu opportunistisch. Insbesondere Géza Borovszky und Zoltan Farkas aus Košice³² griffen ihn an und kritisierten sowohl das Fehlen eines eigenständigen Profils als auch die Haltung der tschechoslowakischen Sozialdemokraten zur Nationalitätenfrage. Und selbst aus Prager Perspektive erschien die Existenz der ungarischen Sektion nicht unbedingt als Erfolgsgeschichte, denn die Hoffnung der sozialdemokratischen Parteiführung, die ungarische Arbeiterschaft, die 1925 in großer Zahl kommunistisch gewählt hatte, für die Partei gewinnen zu können, erfüllte sich nicht. Vielmehr stimmten bei den Parlamentswahlen von 1929 nur etwa vier Prozent der ungarischen Wähler für die Liste der tschechoslowakischen Sozialdemokraten – dieses Ergebnis blieb noch hinter den pessimistischsten Erwartungen zurück. Nicht von ungefähr gelangte ein für den Staatspräsidenten erstellter Bericht 1931 zu der vernichtenden Einschätzung:

²⁸ *Sator*: Německá sociálně demokratická strana 27 (vgl. Anm. 15).

²⁹ *Alexander*: Deutsche Gesandtschaftsberichte Bd. 3, Dokument Nr. 46, 123 (vgl. Anm. 3).

³⁰ Ignác Schulcz (1894–?), Politiker und Schriftsteller, wurde als Anführer der Druckergewerkschaft bekannt. Von 1926 bis 1938 war er der Leiter der ungarischen Sektion innerhalb der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. 1938 emigrierte er in den Westen, dann in die Vereinigten Staaten.

³¹ Csehszlovákiai Népszava vom 15. Februar 1928.

³² Zoltán Farkas (1881–1945), Anwalt und sozialdemokratischer Politiker, 1929–1935 Abgeordneter der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. Er wurde in Auschwitz ermordet. – Géza Borovszky (1884–1955), Arbeiter und sozialdemokratischer Politiker war von 1920 bis 1925 Abgeordneter. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs musste er die Tschechoslowakei verlassen; er starb in Ungarn.

Die ungarische sozialdemokratische Fraktion untergräbt nicht nur die Aktionsfähigkeit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie gegen den ungarischen Irredentismus, sondern belastet die Partei auch materiell in erheblichem Maße, womit die Vorteile einer derartigen Koexistenz stark in Frage zu stellen sind.³³

Der realpolitische Versuch von József Szent-Ivány

Das Scheitern der von István Csomor geführten Republikanischen Magyarischen Bauernpartei bedeutete nicht das Scheitern der Kooperation mit der Mehrheitsgesellschaft, sondern vielmehr das Fiasko für eine Politik, die auf individuellem Karrierestreben einerseits, einer bedingungslosen Unterordnung unter die Forderungen der Regierung andererseits beruhte. In immer größeren Teilen der ungarischen Gesellschaft der Slowakei wuchs das Unbehagen an der Beschwerdepolitik. Diese Politik charakterisierte der deutsche christlich-soziale Abgeordnete Robert Mayr-Harting 1924 zutreffend, als er sagte, die Ungarn wollten die Republik mit einem großen Hammer zerschlagen, ohne aber die Kraft dazu zu haben.³⁴ In der Tat brachte dieser Kurs keine greifbaren Erfolge und so waren vor allem die Bauern an konstruktiven Vorschlägen interessiert, wie ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme gelindert werden könnten. Davon, wie unzufrieden die ungarische Bevölkerung war, zeugte auch ein Bericht, den der deutsche Konsul in Bratislava, Otto Reinebeck, nach Berlin schickte.³⁵ Ihm zufolge trügen die Ungarn schwer daran, dass sich ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Position fortlaufend verschlechterte. Der Landbevölkerung ging es nach Meinung des deutschen Diplomaten noch am besten. Doch die bürgerlichen Städter, die aus Ämtern und Behörden verdrängt würden, haderten sehr mit ihrer Situation. Von den ungarischen oppositionellen Parteien, die ihnen nichts bieten könnten, würden sie sich in wachsender Zahl abwenden und sich auf die (tschecho)slowakischen Parteien umorientieren.

Mitte der zwanziger Jahre war nicht nur für Beobachter von außen, sondern auch für die involvierten Politiker selbst offensichtlich, dass die Beschwerdepolitik der ungarischen Opposition zu nichts geführt und sich erschöpft hatte. Da die Opposition über keinerlei Einfluss auf die Regierung verfügte, konnte sie dem kontinuierlichen Schwinden des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Einflusses, den die Ungarn einst in der Habsburgermonarchie gehabt hatten, keinen Einhalt gebieten. Aber nicht nur die Ergebnislosigkeit ihres Tuns, auch die Isolation der beiden ungarischen Parteien war ein Warnzeichen: Diese verfügten im Parlament über keine Verbündeten, sie konnten weder mit den zentralistischen Parteien, noch mit den slowakischen Parteien eine kontinuierliche Zusammenarbeit aufbauen. Allein die bürgerlichen sudetendeutschen Parteien waren gelegentliche Partner, doch diese

³³ Archív ústavu T. G. Masaryka Praha [Archiv des Masaryk-Instituts Prag, im Folgenden AÚTGM], T. G. Masaryk (im Folgenden TGM), k.393, Naši Maďari [Unsere Ungarn] sv. 8. inv. č. 1666/31.

³⁴ Magyar Országos Levéltár [Ungarisches Staatsarchiv, im Folgenden MOL], Külügyminisztérium [Außenministerium], K-64, 227.res.pol/1924.

³⁵ *Alexander*: Deutsche Gesandtschaftsberichte Bd. 3, Dokument Nr. 29, 77 (vgl. Anm. 3).

Kooperation erwies sich als wenig effektiv, da man weder durch historische Traditionen verbunden war, noch einander gut kannte.³⁶

Allerdings war der Blick auf die Entwicklung der sudetendeutschen politischen Szene für die Ungarn inspirierend – und das gerade, weil ihre eigene Politik so erfolglos war. Ein Teil der deutschen Parteien in der Tschechoslowakei hatte Mitte der zwanziger Jahre den Weg der Kooperation mit der tschechischen Politik eingeschlagen. Von der Forderung nach nationaler Gleichberechtigung und dem langfristigen Ziel einer strukturellen Umgestaltung des Staates waren sie nicht abgerückt. Doch hatte sich neben der nationalistischen Opposition eine mit der Regierung kooperierende Linie gebildet und diese konnte bald sehr viel mehr konkrete Ergebnisse aufweisen als die nach wie vor eingleisige ungarische Politik.³⁷

Das Motiv des „deutschen Weges“ und der Entschluss, diesem zu folgen, standen deutlich sichtbar hinter der politischen Wende, die die Magyarische Nationalpartei zwischen 1925 und 1927 vollzog. Unter der Führung von József Szent-Ivány wurde ein neuer Kurs eingeschlagen,³⁸ der als der vielleicht vielversprechendste Versuch einer Einigung mit der Prager Regierung in der Zwischenkriegszeit bezeichnet werden kann.

Dass sich das Bedürfnis nach einer Veränderung der Situation, die für die Ungarn in der Slowakei beträchtliche politische und wirtschaftliche Nachteile mit sich brachte, im Kreise der Kleinlandwirte artikulierte, ist nicht überraschend. Denn anders als die Christlich-Soziale Partei, der Géza Szűllő vorstand, galten diese als politische Kraft, die auf die Selbstorganisation der ungarischen Gemeinschaft in der Slowakei setzte, und das gerade in wirtschaftlichen Fragen. Die ökonomischen Motive, die hier für eine Annäherung an Prag sprachen, formulierte Szent-Ivány bereits Ende des Jahres 1924. Da Ungarn die wirtschaftliche Selbstorganisation der Konationalen in der Slowakei in nur sehr geringem Maß unterstützen könne, argumentierte Szent-Ivány, müssten sich diese verstärkt am tschechoslowakischen Wirtschaftsleben beteiligen, von dessen Potential profitieren und die Kooperationsmöglichkeiten wahrnehmen, die sich im Land böten.³⁹ Auf die wirtschaftliche Integration sollte seiner Meinung nach auch eine politische folgen. Den ersten Schritt in diese Richtung sah er in der engeren Zusammenarbeit mit den sudetendeutschen Parteien, der nächste sollte in der Formulierung eines Programms bestehen, das „auch die Teilnahme der nationalen Minderheiten an der Regierung nicht ausschließt“. ⁴⁰ Dieses Drehbuch bildete die Grundlage für eine Strategie, die Szent-Ivány als „nationale Realpolitik“ bezeichnete; ihr endgültiges Ziel sollte darin liegen, die Existenz der Ungarn in der Slowakei zu sichern.⁴¹

³⁶ MOL, K-64, 51res.pol/1927.

³⁷ Dazu vor allem *Kracik*: Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei (vgl. Anm. 4).

³⁸ József Szent-Ivány (1884-1941), Gutsbesitzer und Politiker, bis Mitte der dreißiger Jahre führender Politiker der MN.

³⁹ MOL, K-437, 11/10. – Vgl. *Angyal*: Érdekvédelem és önszerveződés 121 (vgl. Anm. 21).

⁴⁰ *Prágai Magyar Hírlap* vom 6. September 1925.

⁴¹ *Prágai Magyar Hírlap* vom 1. Juli 1925. Zitiert nach: *Angyal*: Érdekvédelem és önszerveződés 120 (vgl. Anm. 21).

Als Zeichen der angekündigten Kooperation mit den deutschen Parteien trat die MN, die auch die Kandidaten der Zipser Deutschen Partei auf ihre eigene Liste gestellt hatte, bei den Wahlen 1925 gemeinsam mit dem Bund der Landwirte (BdL) und der Deutschen Gewerbeartei an. Die Ergebnisse bestätigten Szent-Ivány's Kurs, denn die MN erlangte fünf Abgeordnetenmandate, von denen der Abgeordnete der Zipser Deutschen, Andor Nitsch, ein Mandat erhielt. Keineswegs nebensächlich war, dass sich das Bündnis auch für den BdL als lohnend erwies: Denn dieser erhielt bei der Verteilung der Splitterstimmen dank der MN ein weiteres Mandat zugesprochen.⁴²

Ein genauerer Blick auf die Wahlergebnisse zeigt, dass die Magyarische Nationalpartei durch den Kurswechsel die in 13 der 20 Bezirke, in denen die Ungarn mehr als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachten, mehr Stimmen bekommen hatte als die insgesamt stärkere Christlich-Soziale Partei.⁴³ Betrachtet man nur die neun Kreise, in denen der Anteil der Ungarn über 80 Prozent lag, dann betrug das Ergebnis sogar 7:2 für die Nationalpartei.⁴⁴

Dieses Ergebnis gab Szent-Ivány die Autorität, den „realpolitischen Kurs“, den er während des Wahlkampfes begonnen hatte, weiter zu beschreiten, auch wenn nationalistische Kreise in Ungarn und die Christlich-soziale Partei Stimmung gegen ihn machten. Dass er sich von diesen Angriffen nicht irritieren lassen wollte, unterstrich er auch in seiner ersten Rede vor dem neuen Parlament, in der er davor warnte, weiterhin allein Emotionen als Triebfedern der Minderheitenpolitik zu nutzen. Seine Partei halte an der Forderung nach einer Revision der Friedensverträge und am Prinzip der nationalen Selbstbestimmung fest. Doch müsse man aus dem Scheitern der letzten Jahre lernen und nach Wegen suchen, die wirtschaftliche und politische Position der ungarischen Gemeinschaft in der Slowakei zu stärken und damit auch ihr politisches Gewicht.⁴⁵

Szent-Ivány formulierte also ein Programm, das zu großen Teilen der Auffassung des BdL, der mit der Nationalpartei einen gemeinsamen Parlamentsklub bildete, und dem der anderen deutschen aktivistischen Parteien entsprach. Ihr wesentlicher Zug bestand darin, die nationalstaatliche Struktur der Tschechoslowakischen Republik, die für die Minderheiten inakzeptabel erschien, auf dem Weg der Kooperation mit den Mehrheitsparteien zu verändern und dabei die grundlegenden nationalen Zielsetzungen beizubehalten. Der Unterschied zwischen dem Programm der MN und dem Aktivismus Csomors war grundlegend: Die Nationalpartei hielt bei der Ko-

⁴² *Sobieraj*: Die nationale Politik des Bundes der Landwirte 124 (vgl. Anm. 4).

⁴³ *Voľby na Slovensku* 24-39 (vgl. Anm. 22).

⁴⁴ Die Magyarische Nationale Partei konnte die Wahl in den folgenden Bezirken für sich entscheiden: Dunajská Streda, Feledince (Feled), Komárno, Stará Ďala (Ógyalla/Altdala) Parkan (Párkány/Gockern), Tornaľa (Tornalja), Želiezovce. Die Christlichsoziale Landespartei (CL) gewann in Šamorín und Kráľovský Chlmec (Királyhalmec). *Ebenda*.

⁴⁵ Společná česko-slovenská digitální parlamentní knihovna [Gemeinsame tschechoslowakische digitale Parlamentsbibliothek], NS RČS 1925-1929, Poslanecká sněmovna – stenoprotokoly, 4. schůze, pátek 18. prosince 1925 [Abgeordnetenversammlung – Stenografische Protokolle, 4. Sitzung, Freitag, den 18. Dezember 1925], <http://www.psp.cz/eknih/1925ns/ps/stenprot/004schuz/prilohy/priloh03.htm> (letzter Zugriff 10.04.2014).

operation mit den tschechoslowakischen Parteien an der Ablehnung des Vertrags von Trianon fest und setzte sich die Auflösung des tschechoslowakischen Nationalstaats und die Erlangung der nationalen Autonomie zum Ziel.⁴⁶

Den Hintergrund für den Plan Szent-Ivány bildeten die Ergebnisse der Parlamentswahlen von 1925. Bei diesen hatten die fünf Parteien der tschechoslowakischen nationalen Koalition, die die Fäden der Politik bis dahin allein in der Hand gehalten hatten, die Mehrheit verloren. Von 300 Mandaten hatten sie nun nur noch 148.⁴⁷ Präsident Masaryk betraute daraufhin Jan Švehla, den Vorsitzenden der Agrarier, die die meisten Stimmen erlangt hatten, mit der Regierungsbildung. Švehla gelang es erst nach langen Verhandlungen und unter Einbeziehung der Tschechoslowakischen Gewerbspartei, eine neue gesamt nationale Koalition zu bilden. Allerdings war die Parlamentsmehrheit recht labil, die Gegensätze zwischen der Linken und der Rechten machten sie praktisch funktionsunfähig.⁴⁸ Die brüchige Koalition zerfiel nach nur drei Monaten, ihr folgte eine Beamtenregierung unter Jan Černý. Unmittelbar nach seiner Ernennung am 18. März 1926 begannen im Hintergrund Verhandlungen darüber, wie eine neue parlamentarische Mehrheit hergestellt werden könnte. Die Agrarpartei übernahm die Initiative und nutzte dazu das Thema der Agrarzölle, das bereits zur Zeit der Regierung Švehla auf der Tagesordnung gestanden und für heftige Konflikte gesorgt hatte. Da sich die linken Parteien vehement gegen eine Einführung solcher Zölle verwahrten, arbeitete Milan Hodža, der während der Abwesenheit des erkrankten Švehla zum aktivsten Führungsmitglied der Partei avanciert war, am Zustandekommen einer rein bürgerlichen Mehrheit. Und dies gelang: Als die Nationalversammlung am 12. Juni 1926 das Gesetz über die Agrarzölle ohne die Stimmen der sozialistischen Parteien, jedoch mit Unterstützung der drei deutschen Parteien und der Magyarischen Nationalpartei verabschiedete, war das Fundament für eine neue parlamentarische Mehrheit gelegt. An dieser waren erstmals in der Geschichte der Tschechoslowakei außer tschechoslowakischen Parteien deutsche Parteien – der Bund der Landwirte, die Deutsche Christlich-Soziale Volkspartei (DCV) und die Deutsche Gewerbspartei – sowie auch die MN beteiligt.⁴⁹

Die Verabschiedung der Agrarzölle markierte einen Wendepunkt in der tschechoslowakischen Innenpolitik: Eine neue parlamentarische Mehrheit war entstanden, der Einfluss der bis dahin als eine Art Kamarilla tätigen Burg-Gruppe ging zurück. Diese Entwicklung förderte die Bereitschaft in der Agrarpartei, Vertreter der Nationalitäten in die Regierungsarbeit einzubeziehen und eine rein bürgerliche Regierung zu schaffen. In erster Linie dachten die Agrarier dabei an die Deutschen und da die Kooperation im Interesse beider Seiten stand, traten im Oktober 1926

⁴⁶ *Ebenda.*

⁴⁷ Klimek, Antonín: Boj o Hrad. Hrad a pětka [Kampf um die Burg. Die Burg und die Pětka]. Praha 1996, 357–358.

⁴⁸ Zur Regierungsbildung vgl. Kárník, Zdeněk: České země v éře první republiky 1918–1938 [Die böhmischen Länder in der Ära der Ersten Republik 1918–1938]. Bd. 1: Vznik, budování a zlatá léta republiky 1918–1929 [Entstehung, Aufbau und goldene Jahre der Republik 1918–1929]. Praha 2000, 381–382.

⁴⁹ Dazu u. a. Kracík: Die Politik des deutschen Aktivismus in der Tschechoslowakei 153–170 (vgl. Anm. 4).

zwei deutsche Parteien, der BdL und die DCV, der Regierung bei. Der deutsche Agrarier Franz Spina wurde Arbeitsminister, der christlich-soziale Robert Mayr-Harting übernahm das Justizministerium.⁵⁰ Eine definitive Beilegung der Konflikte bedeutete der Regierungsbeitritt der deutschen Aktivisten allerdings nicht. Die Koalition war ein Produkt des Pragmatismus, sie war aus machtpolitischen Interessen entstanden, hinter ihr stand keineswegs eine Übereinkunft über die zentralen Fragen der Nationalitätenpolitik.⁵¹ Das zeigte sich auch daran, dass die Tschechen den Deutschen keine Loyalitätserklärung abverlangten und die Deutschen keine Bedingungen an die Tschechen stellten, die die Aufgabe des nationalstaatlichen Rahmens vorausgesetzt hätten. Dass es pragmatische Erwägungen waren, nicht eine wirkliche Annäherung der Standpunkte, die zur Bildung der tschechoslowakisch-deutschen Koalition geführt hatten, bestätigte auch Milan Hodža, der die neue Koalition in seinen Erinnerungen als „Bündnis konstruktiver Nationalisten“ bezeichnete.⁵²

Wenngleich die Abgeordneten der Magyarischen Nationalpartei im gleichen Parlamentsklub wie die des BdL waren, nahmen die Ungarn einen anderen Weg. Schon wegen der Zustimmung zu den Agrarzöllen wurde Szent-Ivány aus Budapest wie von Seiten der CL, der zweiten ungarischen Partei, heftig attackiert. Aufgrund des zunehmenden Drucks musste er nicht nur versprechen, der Regierung keinesfalls beizutreten, sondern sogar die Zusage geben, den Beitritt des BdL zur Koalition zu verhindern. Daher brachte es ihn in Zugzwang, als Spina und Mayr-Harting doch zu Mitgliedern der Regierung wurden. Ohnehin schuf die Beteiligung der deutschen Agrarier an der Regierung eine pikante Situation, denn ein Teil des vom BdL und der MN gebildeten Klubs stand auf der Seite der Regierung, der andere aber verblieb in der Opposition, was auf lange Sicht kaum aufrechtzuerhalten war. Szent-Ivány reagierte darauf mit der Erklärung, dass er die Regierungsbeteiligung der nationalen Minderheiten prinzipiell befürworte. Mit Blick auf die vergangenen acht Jahre und die Maßnahmen, die die Regierung seit den Wahlen ergriffen hätte, bezeichnete die MN einen Eintritt von Minderheitenvertretern jedoch als unangemessen. Unter den gegebenen Umständen, so argumentierte sie, könne man die Last der Verantwortung, die mit diesem Schritt einhergehe, unmöglich auf sich nehmen.⁵³ Damit verlieh Szent-Ivány im Wesentlichen der Position eine Stimme, die auch in der ihm nahe stehenden Presse häufig auftauchte. Dieser Sicht zufolge war der Aktivismus nicht zwangsläufig identisch mit der Unterstützung der Regierungspartei. Aktivismus könne auch bedeuten, die Regierung von der Oppositionsbank aus von Fall zu Fall

⁵⁰ *Sobieraj*: Die nationale Politik des Bundes der Landwirte in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 139-151 (vgl. Anm. 4).

⁵¹ Diese pragmatische Seite der tschechisch-deutschen Koalition betont auch Jaroslav Šebek. *Šebek*: Prezident T. G. Masaryk 182 (vgl. Anm. 4).

⁵² *Hodža*, Milan: Szövetség Közép-Európában. Gondolatok és visszaemlékezések [Bund in Mitteleuropa. Gedanken und Memoiren]. Pozsony 2004, 147.

⁵³ Společná česko-slovenská digitální parlamentní knihovna, NS RČS 1925-1929, Poslanecká sněmovna – stenoprotokoly, 44. schůze, úterý 19. října 1926 [Abgeordnetenversammlung – Stenografische Protokolle, 44. Sitzung, Dienstag, den 19. Oktober 1926], <http://www.psp.cz/eknih/1925ns/ps/stenprot/044schuz/prilohy/priloh02.htm> (letzter Zugriff 10.04.2014).

zu unterstützen, wenn damit der Realisierung des eigenen Programms gedient wäre.⁵⁴ Das heißt, dass die Gespräche, die Vertreter der Magyarischen Nationalpartei in den letzten Wochen des Jahres 1926 mit der Regierung geführt hatten, aus ungarischer Sicht nicht unbedingt auf den Regierungsbeitritt abzielten. Bei seinen Unterredungen mit dem Ministerpräsidenten Švehla am 26. November benannte Szent-Ivány fünf Punkte, die im Gegenzug für die Unterstützung der Regierung auf administrativem Weg rasch erfüllt werden sollten: die Revision der Bodenreform und der Ansiedlungen, eine zufriedenstellende Regelung der Angelegenheit der gekündigten ungarischen Staatsbediensteten, die Korrektur der Grenzen der Bezirksgerichte und die Sanierung der slowakischen Finanzinstitute. Zudem formulierte er einige Forderungen für den Bildungsbereich.⁵⁵ Švehla war zu Verhandlungen in Sachfragen bereit, die einige Tage darauf auch begannen. Szent-Ivány sprach unter anderem mit Hodža, Švehla und auch mit den deutschen Ministern. Bei diesen Unterredungen machte die Regierung zwar Versprechen und stellte einige Verbesserungen in Aussicht – so etwa die Einrichtung eines Ausschusses zur Überwachung der Bodenreform unter Beteiligung eines ungarischen Vertreters und die Veränderung der Praxis der Bodenreform. Künftig sollten die Antragsteller aus der alteingesessenen Bevölkerung Neusiedlern vorgezogen werden. Doch trotz dieser positiven Signale endeten die Verhandlungen ohne konkretes Ergebnis. Und so geriet die MN ab Anfang 1927 wieder zunehmend in ein oppositionelles Fahrwasser, was sich unter anderem daran zeigte, dass sie sich bei der Wahl des Staatspräsidenten nicht hinter Masaryk stellte und auch gegen die Verwaltungsreform stimmte. In der Folge wurde die Koalition mit dem BdL als Teil der Regierung endgültig unhaltbar. Die deutsche Partei kündigte daraufhin am 7. Juli 1927 das diesbezügliche Abkommen und trat aus dem gemeinsamen Parlamentsklub aus.

Zwar kam die Frage des Aktivismus in den folgenden Monaten in der MN hin und wieder noch auf, doch schien sie von den politischen Ereignissen überholt worden zu sein. Die Vorstellung, dass die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme der Südslowakei am ehesten durch die Bildung einer gemäßigt aktivistischen Kraft gelöst werden könnten, lebte jedoch weiter. In diesem Sinne kam es Ende der zwanziger Jahre zu mehreren Versuchen, eine neue aktivistische Partei zu gründen, die von einigen Regierungsmitgliedern auch unterstützt wurden. Sie endeten letztlich aber alle ohne Erfolg oder verliefen im Sande.⁵⁶

Für das Scheitern der aktivistischen Initiative der Magyarischen Nationalpartei gab es mehrere Gründe. Verantwortlich war zum einen Szent-Ivány selbst. Offenbar spielte er durchweg eine Art doppeltes Spiel, bei dem es darum ging, Erfolge zu

⁵⁴ A Nap vom 4. Dezember 1927.

⁵⁵ MOL, K-64, 582.res.pol/1926. – Vgl. Szarka, László: Integráció és együtműködés a kisebbségpolitikában. Magyar aktivista kísérlet Csehszlovákiában [Integration und Kooperation in der Minderheitenpolitik. Der ungarische aktivistische Versuch in der Tschechoslowakei]. In: Bárdi, Nándor / Simon, Attila (Hgg.): Integrációs stratégiák a magyar kisebbségek történetében [Integrationsstrategien in der Geschichte der ungarischen Minderheiten]. Somorja 2006 (Disputationes Samarienses 7) 23–40, hier 38.

⁵⁶ Zu den aktivistischen Versuchen in den zwanziger Jahren siehe: Simon: Provládna maďarská politika (vgl. Anm. 5).

erzielen, ohne einen offenen Pakt mit Prag eingehen zu müssen. Zum anderen bildete die ablehnende Haltung Budapests einen wichtigen Faktor dafür, dass der Aktivismus der Ungarn sich nicht frei entwickeln konnte. Von entscheidender Bedeutung scheint jedoch, dass der tschechoslowakischen Regierung die Bedingungen, an die die MN ihre Unterstützung knüpfte, letztlich nicht angemessen erschienen. Oder anders gesagt: Während die beiden deutschen Parteien der Koalition ohne Vorbedingungen beigetreten waren, standen die Forderungen der Ungarn in keinem Verhältnis zu dem Vorteil, den sich Prag von ihrer Unterstützung versprach. Szent-Iványi hatte verlangt, das Konzept des Nationalstaats aufzugeben. Das kam für die Prager Regierung nicht in Frage. Sie gab allgemeinen Versprechungen den Vorzug; damit blieb eine wirkliche Einigung in weiter Ferne.

Bilanz des ungarischen Aktivismus

In den dreißiger Jahren vertraten in der Slowakei nur mehr die zwei großen tschechoslowakischen Parteien den ungarischen Aktivismus – und zwar die Agrarpartei und die ungarische Sektion der Sozialdemokraten. Beide konnten jedoch nur einen kleinen Teil der ungarischen Wähler ansprechen und ihr Aktivismus hatte wenig mit dem sudetendeutschen Vorbild gemeinsam. Auch nahm der ungarische Aktivismus eine andere Entwicklung als der deutsche. Dies zeigten die Wahlen von 1935, bei denen die deutschen Sozialdemokraten, der BdL und die DCV eine historische Niederlage einstecken mussten,⁵⁷ während zugleich die Sudetendeutsche Partei (SdP) ihren Siegeszug antrat. Die Talfahrt des sudetendeutschen Aktivismus vermochten auch die Jungaktiven Wenzel Jaksch, Gustav Hacker und Hans Schütz, die an die Parteispitzen rückten, nicht mehr zu stoppen. Der ungarische Aktivismus hingegen erlitt bei diesen Wahlen nicht nur keinen Einbruch, er konnte sogar einen merklichen Stimmenzuwachs verzeichnen. Wenn man den Meldungen des tschechoslowakischen Innenministeriums Glauben schenken darf, dann erhielten die beiden ungarischen Sektionen etwa 65 000–70 000 Stimmen, d.h. circa 22 Prozent der ungarischen Stimmen – und damit das beste Ergebnis der Zwischenkriegszeit.⁵⁸ So ausgestattet, konnten die Aktivisten drei Abgeordnete in die Nationalversammlung schicken: den Sozialdemokraten Ignác Schulcz, von der Agrarpartei István Csomor und Štefan Stunda, der zwar slowakischer Nationalität war, doch als Vertrauter Hodžas als einer der führenden Vertreter der ungarischen Sektion der Agrarpartei galt.

Das Scheitern des sudetendeutschen Aktivismus wird zumeist mit der Sogwirkung des deutschen Nationalsozialismus einerseits, den Folgen der Wirtschaftskrise

⁵⁷ Kárník, Zdeněk: *České země v éře první republiky (1918–1938)* [Die böhmischen Länder in der Ära der Ersten Republik 1918–1938]. Bd. 2: *Československo a České země v krizi a v ohrožení 1930–1935* [Die Tschechoslowakei und die böhmischen Länder in der Krise und Bedrohung (1930–1935)]. Praha 2002, 498.

⁵⁸ NA ČR, Archiv ministerstva vnitra [Archiv des Innenministeriums, im Folgenden AMV], Presídium ministerstva vnitra [Präsidium des Ministeriums des Innern, im Folgenden PMV] 225, k. 1454, 225–1454–3.

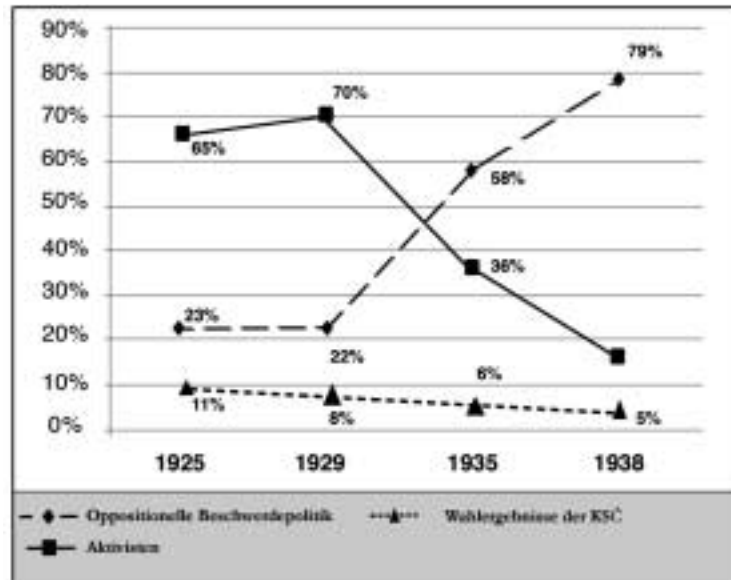
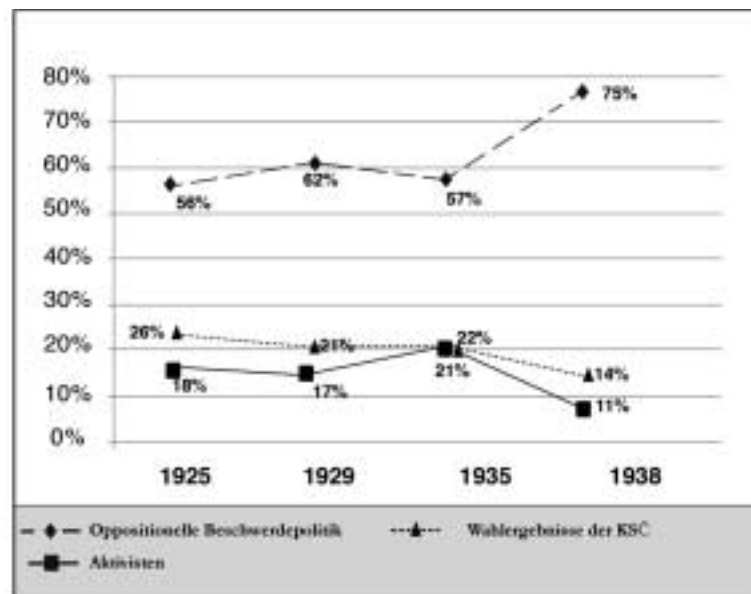
andererseits erklärt, die die sudetendeutschen Gebiete besonders hart trafen.⁵⁹ Diese Deutung wirft die Frage auf, weshalb die Wirtschaftskrise bei den ungarischen Wählern offenbar die entgegengesetzte Wirkung auslöste. Diese Entwicklung ist dem Zusammenspiel zweier Faktoren zuzuschreiben. Der erste ist im Unterschied zwischen der Lage in Deutschland und der in Ungarn zu sehen, denn Ungarn befand sich seinerzeit in einer noch desolateren wirtschaftlichen Situation als die Tschechoslowakei. Folglich übten die dortigen Zustände keinerlei Anziehungskraft auf die ungarischen Wähler in der Slowakei aus. Da die Südslowakei über keine nennenswerte Industrie verfügte, traf die Krise in erster Linie die Landwirtschaft. Diese profitierte allerdings von dem Getreidemonopol, das die Nationalversammlung 1934 verabschiedet hatte, das staatlich festgesetzte Abnahmepreise garantierte, die auch für die ungarischen Bauern in der Südslowakei vorteilhaft waren. Im Wahlkampf konnte die Agrarierpartei, deren Leute die Getreideabnahme fest in der Hand hatten, das Thema effektiv für sich nutzen und damit Einfluss auf die ungarische Bevölkerung nehmen. Zu diesem Zeitpunkt glaubte ihre Parteispitze noch nicht daran, dass die in Trianon festgesetzten Grenzen bald revidiert werden würden. Indessen gewann in ihren Reihen zunehmend der Eindruck die Überhand, dass die Oppositionsparteien nichts gegen den schwindenden Einfluss der Ungarn ausrichten konnten – also etwa gegen die Verdrängung von Ungarn aus den Behörden und die Veränderung des ethnischen Gleichgewichts in den südslowakischen Städten.

Die unterschiedliche Entwicklung der Wahlpräferenzen bei der sudetendeutschen und der ungarischen Bevölkerung der ČSR zeigen auch die beiden Diagramme unten mit den Ergebnissen der Parlamentswahlen von 1925, 1929 und 1935 sowie denen der Kommunalwahlen von 1938.⁶⁰

Wie auch aus den Diagrammen ersichtlich ist, wies die Popularität des Aktivismus unter den ungarischen Wählern eine geringfügige Schwankung auf und nahm in den Jahren der Wirtschaftskrise leicht zu. Anders als im Fall des deutschen Aktivismus, dessen Einbruch in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre erfolgte, wandten sich die ungarischen Wähler erst 1938 von den aktivistischen Parteien ab, als die Tschecho-

⁵⁹ Einen Überblick über die Faktoren, die das Scheitern der Integration der Deutschen in die ČSR und speziell der aktivistischen Politik befördert haben, gibt: Brandes, Detlef: Die Kommunalwahlen vom Mai/Juni 1938 und ihre Folgen. In: Zarusky, Jürgen/Zückert, Martin (Hgg.): Das Münchener Abkommen von 1938 in europäischer Perspektive. München 2013, 89-95. – Eine dem entgegengesetzte Meinung vertritt Eva Broklová, die den Vorstoß der SdP einerseits mit der politischen Kultur der sudetendeutschen Wähler sowie andererseits mit ihrer, im Vergleich zu den tschechischen Wählern, antidemokratischen Wertordnung erklärt. Die Auffassung Broklovás halte ich allerdings für unfundiert und national voreingenommen. Vgl. Broklová: Politická kultura německých aktivistických stran 8-12 (vgl. Anm. 4).

⁶⁰ Die Einteilung der deutschen und ungarischen Wähler in drei Gruppen geht auf Věra Olivová zurück, die zwischen Nationalisten, Republikanern und Kommunisten unterschied. Die von ihr vorgenommene Aufteilung verzerrt die Verhältnisse jedoch etwas. Beispielsweise spielte für das Selbstverständnis der tschechischen Parteien, die sie zu den Republikanern zählt, das nationale Moment mindestens eine ebenso große Rolle wie für die ungarischen oder deutschen Parteien. Olivová, Věra: Dějiny první republiky [Geschichte der Ersten Republik]. Praha 2000, 334 f.

Diagramm Nr. 1: Abstimmungsverhalten der sudetendeutschen Wähler 1925-1938.⁶¹Diagramm Nr. 2: Abstimmungsverhalten der ungarischen Wähler 1925-1938⁶²

⁶¹ Für die deutschen Wähler in der Tschechoslowakei ist es besonders schwierig abzuschätzen, wie viele Stimmen für die Kommunisten abgegeben wurden. Erste Versuche in diese Richtung haben Věra Olivová und Karel Kaplan unternommen. Olivová: Dějiny první

slowakei bereits bedroht war und die europäische politische Situation Grenzrevisionen wahrscheinlicher machte.⁶³

Eine abschließende Bilanz zu ziehen, erweist sich als nicht ganz einfach. Die Zahlen können nicht alle Fragen beantworten. Betrachtet man zum Beispiel allein die Wahlergebnisse und den großen Erfolg, den die deutschen aktivistischen Parteien bei den Parlamentswahlen 1929 erzielten, als sie etwa 70 Prozent der deutschen Stimmen erhielten, könnte man zu dem Schluss gelangen, dass sich der aktivistische Kurs des BdL, der DCV und der DSAP voll durchsetzen konnte. Die Realität ist indessen weitaus komplexer, denn die drei Parteien waren ständisch geprägt, sie wurden also nicht ausschließlich – vielleicht nicht einmal in erster Linie – für ihre Position in der Frage der Nationalitätenpolitik gewählt. Schwer einzuschätzen sind auch die Erfolge des deutschen Aktivismus – denn während die Beteiligung der Deutschen an der Regierung tatsächlich viele kleine Ergebnisse erbrachte, konnte nicht ein einziges strategisch bedeutendes Ziel der Deutschen in der Tschechoslowakei verwirklicht werden.

Dem deutschen Aktivismus kam in der ungarischen Politik der Slowakei der Versuch der Magyarischen Nationalpartei, eigene Ziele über die Unterstützung der Regierung durchzusetzen, am nächsten. Dieser war aber ein kurzlebiges Phänomen und hatte keine breite Basis. Dagegen etablierte sich die Politik von István Csomor und Ignác Schulcz, die von extremer Servilität gegenüber der Prager Regierung und ostentativer Loyalität gegenüber der Tschechoslowakei gekennzeichnet waren. Diese Haltung erlitt gleich an zwei Fronten eine Niederlage: zum einen innerhalb der Partei, der es in zwanzig Jahren nicht gelang, eine funktionstüchtige, selbstständige Parteistruktur aufzubauen; stattdessen bildete sie ungarische Sektionen in der Agrarpartei und der tschechoslowakischen Sozialdemokratie. Schon den Zeitgenossen war klar, dass mit dieser Lösung der Spielraum für die Programmierung und jede Handlungsfähigkeit verloren waren. Die ungarischen Parteisektionen waren in der ungünstigen Situation von „Dienern zweier Herren“. Während permanent betont werden musste, dass die tschechoslowakische Regierung die Probleme der ungarischen Bevölkerung verstehe und die Tschechoslowakei eine gute Heimat für sie sei, konnte zugleich die nationale Rhetorik nicht aufgegeben werden, diese blieb nötig, um die ungarischen Wähler zu gewinnen.

Die ungarischen Aktivisten argumentierten oft mit den Erfolgen, die sie für das Ungarn der Slowakei erreicht hätten. De facto waren diese aber dürftig, der

republiky 334-335 (vgl. Anm. 60). – *Kaplan, Karel/Sláma, Jiří*: Die Parlamentswahlen in der Tschechoslowakei 1935-1946-1948. Eine statistische Analyse. München 1986 (VCC 53) 18-28.

⁶² Die Analyse des ungarischen Wahlverhaltens würde eine gesonderte Forschungsarbeit erfordern, da auch Stimmen für die KSČ und die ungarischen Sektionen tschechoslowakischer Parteien abgegeben wurden, die sich nur mit statistischen und demografischen Methoden errechnen lassen würden. Da das an dieser Stelle nicht möglich ist, habe ich versucht, die Anteile anhand der Wahlergebnisse in den Kreisen zu schätzen, die den stärksten ungarischen Bevölkerungsanteil hatten.

⁶³ Zum Verhalten der ungarischen Minderheit im Jahr 1938 siehe *Simon, Attila*: The Hungarians of Slovakia in 1938. Boulder/Co., Wayne/NJ, New York 2012 (East European Monographs 801; Atlantic Studies on Society in Change 143).

ungarische Aktivismus in der Slowakei war auch unter diesem Gesichtspunkt ein Misserfolg. Auf allen drei Feldern – der Bodenreform, der Frage der Staatsbürgerschaft und dem Recht, im öffentlichen Leben Ungarisch zu sprechen – blieben die Grundprobleme ungelöst. Die ungarische Landbevölkerung ging bei der Bodenreform praktisch leer aus, das Problem der Staatsbürgerschaft blieb über zwanzig Jahre ungelöst und was den Gebrauch der ungarischen Sprache im Umgang mit Behörden betraf, so bestand nicht nur eine Benachteiligung durch das Gesetz, sondern die Ungarn schnitten im Vergleich mit den Sudetendeutschen auch in der Praxis nicht gut ab. Um nur ein Beispiel zu nennen: Bis zum Ende der Ersten Republik gelang es nicht, eine Garantie für den Gebrauch des Ungarischen bei der Bahn und auf der Post zu erreichen.

Fazit

Abschließend soll diskutiert werden, warum die ungarische Politik den sudetendeutschen Weg nicht beschreiten konnte und worin die qualitativen und quantitativen Unterschiede beider Aktivismen lagen. Dabei kann natürlich kein mechanischer Vergleich unternommen werden – zwischen beiden Gruppen gibt es grundlegende historische, gesellschaftliche und soziale Unterschiede – doch lassen sich einige Faktoren identifizieren, die für die Genese, die Resonanz und den Erfolg bzw. Misserfolg des ungarischen und des deutschen Aktivismus in der Ersten Tschechoslowakischen Republik ausschlaggebend waren.

Erstens waren die historischen Voraussetzungen für die Integration der sudetendeutschen Gemeinschaft in der Tschechoslowakei deutlich günstiger als die der Ungarn. Bekanntlich lehnten die Deutschen ihre Einbeziehung in die neu gegründete Tschechoslowakische Republik mit einer ähnlichen Entschlossenheit ab wie die Ungarn, sie setzten sich sogar vehementer gegen die Grenzziehung nach dem Ersten Weltkrieg zur Wehr. Doch war ihnen das neue Staatsgebilde nicht fremd, denn sie lebten seit Jahrhunderten im Rahmen des böhmischen Königreichs. Was 1918/19 geschah, war unter gewissen Gesichtspunkten nichts anderes als die Erneuerung des historischen böhmischen Staates, seine Reorganisation innerhalb erweiterter Grenzen. Die Sudetendeutschen brachten nicht nur die Erfahrungen des Zusammenlebens mit den Tschechen in die neue Republik mit, sondern auch eine lange Vorgeschichte der Auseinandersetzung und Kooperation mit der tschechischen Politik. Sie kannten Prag, sie kannten die tschechische Mentalität, waren mit den tschechischen Politikern persönlich bekannt. Auch wenn die Bedeutung persönlicher Kontakte nicht überschätzt werden sollte, war es für den Erfolg des deutschen Aktivismus doch wichtig, dass Präsident Masaryk über viele Beziehungen zu Deutschen und zur deutschen Kultur verfügte und es als seine persönliche Aufgabe betrachtete, Frieden zwischen Tschechen und Deutschen zu schaffen. Von einem Engagement für die Ungarn in der Slowakei war bei ihm indessen nichts zu spüren.

Doch die Sudetendeutschen und die Ungarn hatten beim Eintritt in den neuen Staat nicht nur unterschiedliche – und unterschiedlich günstige – geschichtliche Erfahrungen, zweites unterschied sich auch die wirtschaftliche und soziale Struktur beider ethnischer Gruppen markant. Die deutsch besiedelten Randgebiete der Tschechoslowakei waren der am höchsten industrialisierte Teil des Landes. Viele Deutsche

waren in zukunftsweisenden Branchen wie dem Verkehrswesen tätig. Die Mehrzahl der Ungarn in der Slowakei hingegen lebte von der Landwirtschaft. Diese Konstellation trug dazu bei, dass die Deutschen in den zwanziger Jahren weitaus mehr von der Prosperität der tschechoslowakischen Wirtschaft profitierten als die Ungarn. Ihre relative Zufriedenheit mit ihrer ökonomischen Lage prägte auch den deutschen Blick auf den Staat und seine Politik. Bei der ungarischen Bevölkerung, die vom tschechoslowakischen Wirtschaftswachstum praktisch nicht profitierte, dominierte das Gefühl, zurückgelassen und bei der Bodenreform betrogen worden zu sein.

Aus den oben genannten Gründen sahen, drittens, die sudetendeutschen wirtschaftlichen Akteure von Anfang an auch die Vorteile, die ihnen die Tschechoslowakei brachte – z.B. den Schutz, den die neuen Grenzen vor der viel stärkeren Wirtschaft des Deutschen Reiches boten. Und sie waren an einer Kooperation mit der tschechischen Industrie interessiert. Damit verfügte die politische Zusammenarbeit über eine zahlenmäßig zwar nicht erhebliche, doch in ihrem Einfluss starke gesellschaftliche Basis, und es ist kein Zufall, dass die tschechisch-deutsche Zusammenarbeit anfangs gerade von Industriellen initiiert und getragen wurde.⁶⁴ Eine Unternehmerschicht, die wirtschaftliche Motive für eine Kooperation mit der tschechoslowakischen Regierung gehabt hätte, gab es in der ungarischen Gesellschaft der Tschechoslowakei nicht.

Aber auch außenpolitische Gründe spielten eine wichtige Rolle für die unterschiedliche Entwicklung des deutschen und des ungarischen Aktivismus. Um dies zu verstehen, muss man also, viertens, auch nach Berlin und Budapest schauen bzw. auf das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Deutschland und zu Ungarn. Deutschland, das sich zur Integrationspolitik Stresemanns bekannte, strebte nach ausgeglichenen Beziehungen zu Prag und ordnete diesem Anliegen auch die Frage der deutschen Minderheit unter. Während es sich bemühte, die Deutschen in der Tschechoslowakei zu unterstützen, vermied es die Wilhelmstraße gleichwohl, sich allzu deutlich für diese zu exponieren. Man zog diplomatische Aktionen vor, hielt es nicht für eine gute Taktik, sich direkt in sudetendeutsche Angelegenheiten einzumischen und Stresemann erklärte nach Locarno, dass Deutschland den deutschen Irredentismus nicht unterstütze.⁶⁵ Den Aktivismus betrachtete Berlin als eine legitime Alternative, ja, die Reichsregierung befürwortete den Eintritt der sudetendeutschen Parteien in die tschechoslowakische Regierung sogar ausdrücklich.

Die ungarisch-tschechoslowakischen Beziehungen sahen völlig anders aus. Budapest verfolgte gerade gegenüber der Tschechoslowakei einen revisionistischen Kurs – zeitweilig völlig offen, dann wieder verbrämt. Trianon wurde hier als Übergangszustand gedeutet und die Budapester Regierung setzte das Recht, die Richtung der Politik der ungarischen Minderheit in der Slowakei zu bestimmen, als selbstverständlich voraus. Eine logische Konsequenz ihrer revisionistischen Ziele war, dass sie jegliche Strategie der Minderheit ablehnte, die auf eine Integration in die Mehrheits-

⁶⁴ Grundlegend dazu: *Boyer*, Christoph: Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der CSR (1918–1938). München 1999 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 42).

⁶⁵ *Kracik*: Politik des deutschen Aktivismus 141 (vgl. Anm. 4).

gesellschaft zielte. Als „ungarisch“ ließ sie nur die Parteien gelten, die nach ihren Vorstellungen handelten, womit sie nicht allein den Aktivisten die Zugehörigkeit zur Nation absprach, sondern auch den linken Bewegungen.⁶⁶ Aktivismus wurde also automatisch als Verrat an der Nation wahrgenommen, mit seinen Vertretern verhandelte man nicht. Da Budapest über große Autorität unter den Ungarn in der Slowakei verfügte, waren dem Aktivismus von vornherein sehr hohe Hürden in den Weg gestellt. Dass Außenminister Edvard Beneš sich nicht scheute, die Vorteile, die sich für die Tschechoslowakei aus der Ordnung von Versailles ergaben, einzusetzen, trug nicht eben zur Popularität der ungarischen Aktivisten bei.

Fünftens trugen aber auch subjektive politische Faktoren wie das Fehlen charismatischer und glaubwürdiger politischer Führungskräfte zur Erfolglosigkeit des ungarischen Aktivismus bei. István Csomor und Ignác Schulcz konnten die Rolle eines Franz Spina oder Robert Meyer-Harting schon in den zwanziger Jahre nicht ausfüllen. Mitte der dreißiger Jahre aber waren sie geradewegs ein Hindernis für die Belebung des ungarischen Aktivismus. Eine zweite Generation von Aktivisten – eine analoge Entwicklung zum deutschen Jungaktivismus – konnte sich hier nicht herausbilden.

Schließlich resultierte die Kraftlosigkeit des ungarischen Aktivismus auch aus der Unberechenbarkeit der tschechoslowakischen Nationalitätenpolitik. Ein grundlegendes Defizit dieser Politik bestand darin, dass für sie im Lauf der zwanzig Jahre, in denen die Erste Republik bestand, keine konsistente Konzeption ausgearbeitet wurde.⁶⁷ Da ein Kompass fehlte, nach dem nationalpolitische Entscheidungen ausgerichtet wurden, waren diese stets den aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Interessen sowie den sich wandelnden Machtinteressen unterworfen. Bekanntlich garantierte die Verfassung allen Staatsbürgern Gleichheit vor dem Gesetz, doch dieses Recht stand im Alltag oft in Konflikt mit dem Konzept des Nationalstaats der Tschechen und Slowaken. Und diese Diskrepanz entfremdete die Ungarn der Tschechoslowakei bzw. verhinderte, dass sie in diesen Staat hineinwuchsen. Somit nahmen die Ungarn in der Slowakei die Schattenseiten der tschechoslowakischen Demokratie besonders sensibel wahr. Zwar signalisierte die Prager Regierung immer wieder, dass sie bereit gewesen wäre, im Gegenzug für die Loyalität der slowakischen Ungarn diesen umfangreichere Rechte zu garantieren, doch hatte eine große Mehrheit der Ungarn in der Slowakei das Gefühl, dass die Logik umgekehrt funktionieren müsste: Erst die rechtliche Gleichstellung, meinten sie, könne Loyalität erzeugen.

Da Prag fürchtete, die Deutschen könnten die Integrität der Republik ernsthaft bedrohen, war die Kompromissbereitschaft ihnen gegenüber viel größer als die

⁶⁶ Vgl. *Bárdi, Nándor*: A budapesti kormányzatok magyarságpolitikai intézményrendszer és stratégiája, 1918-1938 [Institutionelle Rahmen und Strategien der Ungarntumspolitik der Budapester Regierungen, 1918-1938] In: *Limes* 25 (2012) 1, 69-110, hier 77.

⁶⁷ Vgl. *Kučera, Jaroslav*: Koncepce národního státu Čechů a Slováků a jeho realita v životě první republiky [Das Konzept des Nationalstaates bei den Tschechen und Slowaken und seine Realität im Leben der Ersten Republik]. In: *Valenta, Jaroslav* (Hg.): Československo 1918-1938. Osudy demokracie ve střední Evropě [Die Tschechoslowakei 1918-1938. Schicksale der Demokratie in Mitteleuropa]. Bd. 2. Praha 1999, 602-610, hier 602.

gegenüber den anderen Minderheitengruppen. Die Pazifikation der Deutschen war der Prager Regierung wichtig, an den Ungarn in der Slowakei war sie weitaus weniger interessiert, diese waren in ihren Augen ein untergeordnetes Problem. Diese Haltung zeigte sich auch gegenüber dem ungarischen Aktivismus und trug zu seiner Schwäche bei.

Diese ungünstige Konstellation förderte die Orientierung der ungarischen Wähler an wenig fruchtbaren Alternativen: Die aus Budapest gesteuerte Opposition hielt starr an ihrer einmal formulierten Linie fest und thematisierte ausschließlich das Unrecht, das den Ungarn in der Tschechoslowakei widerfuhr. Die Prag-treuen Aktivisten bedienten die tschechoslowakischen nationalstaatlichen Agenden ohne sich ernsthaft für die ungarischen Belange einzusetzen. Und die aus Moskau gelenkte bolschewistische radikale Linke erschöpfte sich in Parolen, die Kompromissen keinen Raum ließen. Dabei wäre es durchaus möglich gewesen, die Werte der tschechoslowakischen Demokratie anzunehmen und die Vorteile dieses Staates zu genießen, ohne dabei die eigene nationale Identität und die Interessen der Minderheit aufzugeben. Das beweisen die Lebenswege zahlreicher bedeutender ungarischer Intellektueller, die zugleich „gute Magyaren“ und tschechoslowakische Bürger waren, die das demokratische System und die Möglichkeiten, die dieses ihnen eröffnete, zu schätzen wussten. Allerdings erwies sich die tschechoslowakische Politik den ungarischen Politikern aus der Slowakei dafür nicht als idealer Partner.